

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Nr. 293.

Dresden, Freitag den 19. Dezember 1902.

13. Jahrg.

Abonnementspreis
Für den wöchentlich erscheinenden Jahrgang 12 Mark, für den halbjährlichen 6 Mark, für den vierteljährlichen 3 Mark. Einmalige Beiträge 50 Pfennig. Die Abnahme der Zeitung erfolgt durch den Postamtsweg. Die Redaktion ist an der Adresse: **Redaktion Sächsische Arbeiter-Zeitung, Mitterstraße 22, Dresden.** Telefon: Amt 1, Nr. 1798.

Inserate
Werben im 6. gelassenen Blattchen über deren Raum von 20 Bl. berechnet und im nächsten Sonntag. Kleinere Anzeigen werden gegen Bezahlung in der Redaktion angenommen. Die Redaktion ist an der Adresse: **Redaktion Sächsische Arbeiter-Zeitung, Mitterstraße 22, Dresden.** Telefon: Amt 1, Nr. 1798.

An das arbeitende Volk Deutschlands!

Der Reichstag hat in der Nacht vom 13. auf den 14. Dezember nach einer ununterbrochenen fast 19stündigen Sitzung das Zolltarifgesetz und den Zolltarif mit großer Mehrheit angenommen.

Damit ist eine für die Zukunft Deutschlands folgenreiche Verhandlung vorläufig abgeschlossen worden.

Dieses Zolltarifgesetz, in Verbindung mit einem Zolltarif von 146 Positionen, von denen kaum 20 der verfassungs- und geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen worden sind, ist von uns mit allen uns zu Gebote stehenden parlamentarischen Mitteln bis zum letzten Augenblicke der Beratung auf das heftigste bekämpft worden.

Ausschlaggebend für unseren jähren Widerstand gegen die überhäufte Durcharbeitung des Zolltarifs war, daß eine Maßregel, von uns ungeheurer Tragweite für das gesamte Wirtschaftsleben unseres Volkes, nicht hätte beschließen werden dürfen, ohne daß das Volk selbst bei allgemeiner Neuwahl Stellung dazu nehmen konnte.

Aber aus Furcht vor dem verheerenden Vollsartikeln der Regierung und die Reichstagsmehrheit dieser selbstverständlichen Forderung ausgegangen. Unmittelbar vor dem verfassungsmäßig bevorstehenden Schluß dieser Legislaturperiode haben sie die Leute unter Druck und Zwang gebracht und damit den berechtigten Einspruch des Volkes auf die Übergabe unterbanden.

Wir leben in diesem Zolltarif, der den künftigen Verhandlungen für den Abschluß von Handelsverträgen mit ausländischen Staaten in Grund gelegt werden soll, eine der schwersten Schädigungen für die Lebenshaltung und die wirtschaftliche Entwicklung der arbeitenden Klassen des deutschen Volkes, insbesondere der arbeitenden Massen.

Dieser Tarif ist nicht geeignet, der deutschen Industrie, dem deutschen Verkehr und der deutschen Arbeit Handelsverträge zu sichern, die eine normale, dem Wohle der Gesamtheit förderliche Entwicklung ermöglichen; er erschwert sie vielmehr aufs höchste und gefährdet dadurch große Kreise in ihrer Existenz und führt sie dem Verfall zu.

Und das alles, um den unfehlischen und bürgerlichen Großgrundbesitzern und einem Teil der größeren bäuerlichen Betriebe, sodann gewissen Kreisen der Großindustrie zu den allen weitere sehr erhebliche Vorteile auf Kosten aller übrigen Bevölkerungsklassen zu verschaffen. Vorteile, die sich auf jährlich mindestens 500 Millionen Mark belaufen, durch welche Summe die Lebenshaltung der übrigen Massen, namentlich der Arbeiterklasse, belastet wird.

Trotz der Windmühlentätigkeit auf Brot und Mehl, unter die bei Abschluß der künftigen Handelsverträge nicht gegangen werden darf, wird das tägliche Brot des deutschen Volkes im Vergleich zu dem Weltmarktpreis des Brotgetreides um nahezu 50 und für Weizen um über 40 Prozent verteuert.

Das deutsche Volk hat, soweit es nicht selbst sein Brotgetreide für den eigenen Bedarf baut, künstlich das zweifelhafte Glück, das teuerste Brot und das teuerste Mehl in der Welt zu essen!

Wie mit Brot und Mehl, steht es mit den Viehprodukten aller Art. Die von der Mehrheit des Reichstags beschlossenen und von den verbündeten Regierungen geschlossenen Sätze auf dem Ausland eingeführtes Vieh und eingeführte Fleischwaren erhöhen künstlich die Preise um das Vielfache. So wird alles auch die Fleischnahme des Volkes, die schon unter den gegenwärtigen Verhältnissen für Millionen Familien ein Luxusgenuss ist, entsprechend weiter verteuert, wodurch die Gesundheitsverhältnisse großer Bevölkerungsteile auf das schwerste geschädigt werden.

Und wie mit Brot und Mehlprodukten aller Art steht es mit den übrigen Lebensbedürfnissen, auf die man ebenfalls die Fälle in hohem Maße erhöht oder, wie auf Gemüse, Obst, Wäsche und anderes Geflügel, neu eingeführt hat.

Deutschland hat im Jahre 1900 für nicht weniger als 1962 Millionen Mark Nahrungs- und Genussmittel eingeführt, weil es sie entweder nicht in hinreichender Menge zur Ernährung der stetig anwachsenden Bevölkerung zu erzeugen im Stande ist — so bei Roggen, Weizen, Gerste, Erbsen, Futter, Rufe, Fleisch, Geflügel aller Art — oder weil es andere Nahrungsmittel nach der Natur seines Klimas nicht erzeugen kann: wie Reis, Stärke, Thee, Süßholzwurzel, Gewürze.

Daher alle diese Gegenstände waren bisher hoch bezahlt. Diese Preise sind aber der agrarischen Preiselastizität zu Liebe noch sehr erheblich erhöht worden, so daß allein der jährliche Mehrwert an Zollentnahmen für die Reichskasse sich auf über 210 Millionen Mark beläuft, von denen 175 Millionen Mark auf landwirtschaftliche Erzeugnisse und 35 Millionen Mark auf Industrieerzeugnisse entfallen. — eine Steuer, durch die in entsprechender Weise die Preise für den Gesamtverbrauch der Nation künstlich in die Höhe getrieben werden.

Man sieht denn, die schon haben, um denen noch das Rechte zu nehmen, die ohnehin an dem nötigsten Mangel leiden! So ist die Politik der Bereicherung der 1. habenden auf Kosten der Armen. — eine Politik, die in schreiendem Gegensatz mit der Gerechtigkeit und der Christlichkeit steht, weshalb gerade diejenigen, die in der Spitze dieser Lehre zu stehen, unter täglich Brot sich uns heute!

Die protestantische und katholische Geistlichkeit, sowie

die im Reichstag vertreten ist, hat dem Hunger- und Wuchertarif ihre Zustimmung und ihren Segen gegeben!

Und doch es gerade ein Adventsonntag war, an dem die Mehrheit des Reichstags diesen Tarif annahm, drückt dieser Handlung ein besonderes Gebräuge auf.

Nehete heute Christus wieder, er wäre der erste, der die Geißel über diese Brot- und Lebensmittelverteuerterschwänge, die sich brühen, in seinem Namen zu handeln, er wäre der erste, der sie zum Tempel hinausjagte, den sie durch ihre Handlungen schändeten.

Dem Klein- und Pargellenbauer läßt man vor, daß man die Getreide-, Vieh-, Geflügelzucht usw. nur einläßt, um ihm die ärmliche Existenz zu erleichtern. Derselben Klein- und Pargellenbauern aber müssen, soweit sie nicht genügend Brotgetreide für den eigenen Bedarf bauen, die hohen Getreidepreise selbst mit tragen. Soweit sie ferner für ihre Vieh- und Geflügelzucht nicht genügend Futtermittel besitzen, müssen sie die hohen Preise auf diese mit entrichten, so den fast doppelt so hohen Reis-, Gerste- und Haferzoll, die sehr erheblich erhöhten Preise auf Getreide und andere Futtermittel. Insbesondere erschwert man auch dem Kleinbäuerlichen und städtischen Kleinhändler, dem Fuhrmann und Droßkutscher, damit aus ärgerste die tägliche Existenz.

Den Handwerker läßt man, indem man ihm sagt, das höhere Einkommen der Landwirte käme auch ihm zu gute. Er, der schon unter der Konkurrenz des Kapitalismus leidet, muß künstlich nicht bloß seinen Brot- und Fleischverbrauch und alle übrigen Lebensmittel teurer bezahlen, sondern auch sein Handwerkszeug, sowie seine Roh- und Halbfabrikate, weil sie durch die Höhe der Preise verteuert werden, oder weil durch die Zollpolitik die Kartell- und Kartellwirtschaft noch mehr begünstigt wird, die ihre Fabrikate nach innen zu Wasserpreisen, nach außen aber zu Exportpreisen abgeben. So wird der Ruin des Handwerkerstandes nur beschleunigt.

Die angeblichen Mittelstandeser in der Volkswirtschaft sind die Lohnarbeiter des Mittelstandes!

Den Arbeiter läßt man zu launischen, indem man ihm sagt, die höheren Lebensmittelpreise werde er durch bessere Löhne in der volkswirtschaftlichen Industrie und Landwirtschaft zurück erhalten. Man verteidigt ihm, daß der Lohn sich nicht nach den Lebensmittelpreisen, sondern nach der Nachfrage nach Arbeitskräften richtet. Daß kein Unternehmer höhere Löhne zahlt, als er zahlen muß, daß er die meisten Unternehmerrisikanten, die durch Höhe und Kartellwirtschaft Wirtschaften einheimen, ihren Arbeitern das Vereinigungs- und Koalitionsrecht rauben, ohne daß sie den Mann für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen nicht aufnehmen können. Während gar dem Landarbeiter das Vereinigungs- und Koalitionsrecht zum Kampfe für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen gesetzlich verboten worden ist.

So bleibt auch unter der neuen agrarischen Zollerei der Landarbeiter ein moderner Sklave.

Bei der gewaltigen Ausfuhr Deutschlands an Industrieartikeln, deren Wert im Jahre 1900 rund 3000 Millionen betrug, können Millionen Familien von einer geistlich geführten Weltzollpolitik ab, die gestattet, mit dem Ausland nützliche Handelsverträge abzuschließen. Aber es heisst kein Zweifel, daß der durch die Beschlässe der Reichstagsmehrheit für künftige Handelsvertragsverhandlungen als Grundlage geschaffene Tarif den Abschluß günstiger Handelsverträge für Deutschland aufs höchste gefährdet. Soweit aber Handelsverträge auf Grund des neuen Tarifs zu Stande kommen, werden diese wesentlich ungünstiger sein als die bisher in Kraft gebliebenen.

Im Jahre 1891 beschloß der deutsche Kaiser den Abschluß der im Augenblick noch geltenden Handelsverträge als eine „rettende That“ und in Bezug auf den Antrag Kantz erklärte er: man könne ihm nicht zuzumuten, Protektioner zu treiben.

Was damals als eine „rettende That“ angesehen wurde, erscheint heute der Reichstagsmehrheit und der Mehrheit der Regierungen — darunter in erster Linie der preussischen — als ein nationales Unglück, dessen Folgen man so rasch als möglich durch den Abschluß neuer Handelsverträge auf Grund des Wuchertarifs beseitigen müsse.

Die Folge ist, daß in erster Linie die deutsche Arbeiterklasse nicht nur durch die kommenden erhöhten Lebensmittelpreise in eine ungünstigere Lage herabgedrückt wird, sondern daß auch durch ungünstige Handelsverträge Industrie und Verkehr aufs schwerste geschädigt werden, was wieder unheimlich auf die Löhne und Arbeitsbedingungen der Arbeiter einwirken muß.

Der deutsche Arbeiter — und mit ihm seine Familie — wird also mit doppeltem Katen gepeinigt. Aber wird das tägliche Brot und die ganze Lebenshaltung in einer Weise verteuert, wie sie kein Arbeiter eines anderen Kulturlandes kennt, und außerdem hat er mit den ungünstigen Arbeitsbedingungen zu kämpfen, die ihm den Lohn kürzen und das schwere Leben noch schwerer machen.

Das ist die Lage, in welche die deutsche Arbeiterklasse dadurch kommt, daß sie in ihrer Mehrheit in bedauerlicher Verblendung bei den Wahlen ihren schärfsten Gegnern ihre Stimme gab!

Doch die Erkenntnis von diesem volk- und arbeiterfeindlichen Treiben bricht sich Bahn, insbesondere in den Kreisen der Arbeiter. Die bisher dem Zentrum überlassen liehen. Um der steigenden Unzufriedenheit in diesen Kreisen entgegen-

zuwirken und eine Deckung für seine gemeinshädliche Zollpolitik zu finden, brachte das Zentrum einen Antrag ein, wo nach gewisse Beiträge aus den erhöhten Zolleinnahmen im Betrage von 90 Millionen Mark pro Jahr für die Errichtung einer Witwen- und Waisenversicherung aufgewendet werden soll. Doch schnell ward dem Zentrum durch die seiner eigenen Mäßigkeit und es letzte regierungstreu seine Forderung auf 50 Millionen herunter.

So erklärt sich dieser Antrag als eine Bewusstseinsabmilderung des Zentrums für den Zündstoff, den es durch die Zustimmung zu dem Wuchertarif beugte.

Die Vorteile, die die deutsche Unternehmungsklassen, insbesondere die große und mittlere Landwirtschaft, aus der gesamten Zollpolitik des Deutschen Reichs künftig zieht, belaufen sich auf mindestens 1200 Millionen Mark im Jahre. Von diesem Profiteffekt sollen künftig höchstens 50 Millionen Mark für eine Witwen- und Waisenversicherung angelegt werden. Das bedeutet, daß von jeder Mark, die eine deutsche Arbeiterfamilie für ihre Lebenshaltung mehr ausgeben muß, ganze vier Pfennige für Witwen- und Waisenunterstützung verwendet werden sollen. Und selbst diese Unterstützung ist noch in weite Ferne gerückt. Der deutsche Arbeiter hat also nur den schwachen Trost, daß, wenn er infolge schlechterer Ernährung und arbeitsreicher Lebenshaltung fröhlicher ins Grab liegt, seine Witwe und seine Kinder einige Pfortelöffel als Witwen- und Waisenversicherung erhalten, wodurch ebendieselbe Unterhaltungslosigkeit der Gemeinde gegen diese erleichtert wird.

Wenn trotzdem auch wir diesem Antrag beistimmen — nachdem unter eigener Antea, ca. 500 Millionen Mark pro Jahr für den gleichen Zweck zu verwenden, mit Hilfe des Zentrums von der Mehrheit abgelehnt werden muß —, so thaten wir dieses nicht etwa, weil wir dem Antrag des Zentrums eine besondere Wirkung für den in Aussicht genommenen Zweck zusprechen, dazu sind die 50 Millionen viel zu wenig. Für uns war maßgebend, daß jede Milliarde Mark, die wir dem geringen Nutzen des Reichstages für einen humanitären Zweck zurechnen, dem Militär- und Marineetat verlorren ging, also einem kulturfeindlichen Zweck zuströmen würde.

Ueber die demagogische Absicht des Zentrumsantrages und seine thörichte Unzulänglichkeit haben wir uns nie geäußert, und seine Annahme macht das Bewußtsein, das das Zentrum durch seine Zustimmung zum Wuchertarif an den Armen und Elenden begangen hat, um kein Haar leichter.

In eine Vereitigung aber auch nur an eine wesentliche Ermäßigung der Preise auf die notwendigen Lebensmittel ist, solange die jetzigen Parteiverhältnisse bestehen und das Deutsche Reich das bleibt, was es ist — ein Militär- und Marineetat — nicht zu erwarten. Die Einnahmen aus den Brot- und Lebensmittelpreisen bilden seit langem eine seiner Haupt-einnahmequellen für die Militär- und Marineausgaben, die bis auf den letzten Pfennig hierfür Verwendung finden. Direkte Steuern aus dem Vermögen oder Einkommen für das Reich zu zahlen, weigern sich aber die herrschenden Klassen auf Tod und Leben.

Wie der gemeine Mann für das Reich die Lasten der Militäretat zu tragen hat, so auch hauptsächlich die Steuer an Geld. Es liegt in der Natur des Klassenstaates, daß er die Rechte und Freiheiten vorzugsweise für die Wohlhabenden in Anspruch nimmt und den Reichthümern hauptsächlich die Lasten und Pflichten aufzulegt!

Mit diesem Grundgedanken kam das Reich zur Welt und diesem Grundgedanken bleibt es treu, solange seine Grundzüge die gleiche ist, die Herrschaft des Kapitalismus und des Militarismus, d. h. die Ausbeutung und Unterdrückung des Widerstand durch den Reichthum.

Gegenwärtig betragen die Militär- und Marineausgaben direkt und indirekt pro Jahr erheblich über 1000 Millionen Mark, und jedes Jahr steigen sie aufs neue. Da es ein Mißstand, das Anwachsen dieser Ausgaben nach Möglichkeiten zu erschweren. Dieses ist der einfache und natürliche Grund für unsere Stellung zum Antrage des Zentrums. Wie behaupten wir, daß wir dem Militär- und Marineetat nicht noch weit mehr von den Mitteln entziehen könnten, wie wir dieses nacheinander durch Anträge auf Heberweisung von Zollentnahmen für Volksschulzwecke, für Aufhebung der Salzsteuer, der Zucker- und Branntweinsteuer und der Prämien- und Lebensversicherungsbeiträge vermindert haben.

Auch hier war es die reaktionäre Mehrheit, die sich aus den Nationalliberalen, dem Zentrum und den konservativen Parteien zusammensetzte, die die Annahme unserer Anträge bereitete. Insbesondere haben sich neben dem Zentrum — von den Monarchisten zu schweigen — die Nationalliberalen in ihrer ganzen Volk- und Arbeiterfeindschaft gezeigt. Was immer an Gewalt und Unrecht und reaktionären Maßnahmen bei Beratung des Zolltarifs gegen die Opposition im Reich geschehen wurde, die Nationalliberalen stimmten jubelnd zu!

So wurde das Zollgesetz mit dem Zolltarif trotz unserer vermittelten Gegenwehr, die wir seiner Annahme bis zum letzten Augenblicke entgegensetzten, angenommen.

Aber was angenommen wurde ist nicht der Tarif, den die Mehrheit wollte, auch nicht der Tarif, den die Regierungen wollten. In der Verweigerung des Kampfes wider uns, die Minorität, und in der Angst, die Preise zu verlieren, machte man aus der Not eine Tugend.

Als am 14. Dezember, morgens frühzeitig, auf fünf Uhr, der Reichstagspräsident Graf Bismarck, holt auf seine Forderung, das Reichgeborene zärtlich an die Brust drückte, überlag er, daß

Abonnementspreis
Der Jahressatz beträgt 12 Mark, wofür die Postgebühren eingeschlossen sind. Einmalige Beiträge sind jederzeit willkommen.
Redaktion
Zingststraße 22, von. Dresden.
Telefon: Amt 1, Nr. 1709.
Kategorie: „Arbeiterzeitung Dresden“

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Inserate
Werben die 6 getragene Zeilen für 20 Mark, wofür die Postgebühren eingeschlossen sind. Mehrere Zeilen sind nach Vereinbarung zu berechnen.
Expedition:
Zingststraße 22, von. Dresden.
Telefon: Amt 1, Nr. 1709.
Kategorie: „Arbeiterzeitung Dresden“

Nr. 293.

Dresden, Freitag den 19. Dezember 1902.

13. Jahrg.

An das arbeitende Volk Deutschlands!

Der Reichstag hat in der Nacht vom 13. auf den 14. Dezember nach einer ununterbrochenen fast 19stündigen Sitzung das Zolltarifgesetz und den Zolltarif mit großer Mehrheit angenommen.

Damit ist eine für die Zukunft Deutschlands folgenreichere Verhandlung vorläufig abgeschlossen worden. Dieses Zolltarifgesetz, in Verbindung mit einem Zolltarif von 146 Positionen, von denen kaum 20 der verfassungsmäßig vorgeschriebenen Behandlung unterzogen worden sind, ist von uns mit allen uns zu Gebote stehenden parlamentarischen Mitteln bis zum letzten Augenblicke der Beratung auf das heftigste bekämpft worden.

Ausdrücklich für unsere jähren Widerstand gegen die überhöhten Durchsätze des Zolltarifs war, daß eine Maßregel, von so ungeheurer Tragweite für das gesamte Wirtschaftsgeschehen unseres Volkes, nicht hätte beschließen werden dürfen, ohne daß das Volk selbst bei allgemeinen Neuwahlen Stellung dazu nehmen konnte. Aber aus Furcht vor dem drohenden Verlust der Regierung und die Reichstagsmehrheit dieser selbstverständlichen Forderung auszuweichen. Unmittelbar vor dem verfassungsmäßig bevorstehenden Schluß dieser Legislaturperiode haben sie die Leute unter Dach und Fach gebracht und damit den berechtigten Einspruch des Volkes auf die Angelegenheit unterbunden.

Wir leben in diesem Zolltarif, der den künftigen Verhandlungen für den Abschluß von Handelsverträgen mit ausländischen Staaten in Grunde gelegt werden soll, eine der schwersten Schädigungen für die Lebenshaltung und die wirtschaftliche Entwicklung der arbeitenden Mehrheit des deutschen Volkes, insbesondere der arbeitenden Massen.

Dieser Tarif ist nicht geeignet, der deutschen Industrie, dem deutschen Verkehr und der deutschen Arbeit Handelsverträge zu sichern, die eine normale, dem Wohle der Gesamtheit förderliche Entwicklung ermöglichen; er erschwert sie vielmehr aufs höchste und gefährdet dadurch große Kreise in ihrer Existenz und führt sie dem Tode zu.

Und das alles, um den junkerlichen und bürgerlichen Grundbesitzern und einem Teil der größeren bäuerlichen Betriebe, sodann gewissen Kreisen der Großindustrie zu den besten und sehr erheblichen Vorteilen auf Kosten aller übrigen Bevölkerungsklassen zuzuführen. Vorteile, die sich auf jährlich mindestens 500 Millionen Mark belaufen, durch welche Summe die Lebenshaltung der übrigen Massen, namentlich der Arbeiterklasse, belastet wird.

Durch die Windmühle aus Brot und Mehl, unter die bei Abschluß der künftigen Handelsverträge nicht gezogen werden darf, wird das tägliche Brot des deutschen Volkes im Vergleich zu dem Weltmarktpreis des Brotgetreides um nahezu 50 und für Weizen um über 40 Prozent verteuert.

Das deutsche Volk hat, soweit es nicht selbst kein Brotgetreide für den eigenen Bedarf baut, künftig das zweifelhafte Glück, das teuerste Brot und das teuerste Mehl in der Welt zu essen!

Wie mit Brot und Mehl, steht es mit den Viehprodukten aller Art. Die von der Mehrheit des Reichstags beschlossenen und von den verbündeten Regierungen geschlossenen Sätze auf dem Ausland eingeführtes Vieh und eingeführte Fleischwaren erhöhen künftig die Höhe des Viehpreises. So wird also auch die Fleischmehrnahme des Volkes, die schon unter den gegenwärtigen Verhältnissen für Millionen Familien ein Luxusgenuß ist, entsprechend weiter verteuert, wodurch die Lebensverhältnisse großer Bevölkerungsteile auf das schwerste verschlechtert werden.

Und wie mit Brot- und Mehlprodukten aller Art steht es mit den übrigen Lebensbedürfnissen, auf die man ebenfalls die Höhe in starkem Maße erhöht, wie auf Gemüse, Obst, Käse und andere Vorräte, neu eingeführt hat.

Deutschland hat im Jahre 1900 für nicht weniger als 262 Millionen Mark Nahrungs- und Genussmittel eingeführt, weil es nie ent weder nicht in hinreichender Menge zur Erzeugung der sich ausweitenden Bevölkerung zu erzeugen im Stande ist — so bei Roggen, Weizen, Gerste, Hafer, Futter, etc., Fleisch, Geflügel aller Art — oder weil es andere Nahrungsmittel nach der Natur seines Klimas nicht erzeugen kann: wie Reis, Mais, Zuckerrübe, Gewürze.

Nach alle diese Gegenstände waren schon bisher hoch bezahlt. Diese Höhe sind aber der agrarischen Begünstigung zu Liebe noch weiter erhöht worden, so daß allein der jährliche Verbrauch an Nahrungsmitteln für die Reichstasse sich auf circa 210 Millionen Mark beläuft, von denen 175 Millionen Mark auf landwirtschaftliche Erzeugnisse und 35 Millionen Mark auf Industrieerzeugnisse entfallen. — eine Summe, durch die in entsprechender Weise die Preise für den Gesamtverbrauch der Nation künftig in die Höhe getrieben werden.

Man sieht denn, die schon haben, um denen noch das heute zu nehmen, die ohnehin an dem köstlichen Mangel leiden! Wo ist die Politik der Bereicherung der 2. habenden auf Kosten der Armen. — eine Politik, die in schreiendem Gegensatz mit der Gerechtigkeit und der Christlichkeit steht, sobald gerade die Armen es, an der Spitze dieser Arbeit- und Lebensmangelnde Politik haben, die das Volk zu beten: Unter täglich Brot nicht nur heute!

Die protestantische und katholische Geistlichkeit, soweit sie im Reichstag vertreten ist, hat dem Hunger- und Wundertarif ihre Zustimmung und ihren Segen gegeben!

Auch daß es gerade ein Adventsonntag war, an dem die Mehrheit des Reichstags diesen Tarif annahm, drückt dieser Handlung ein besonderes Gebräuge auf.

Mehrte heute Christus wieder, er wäre der erste, der die Geißel über diese Brot- und Lebensmittelverkäufer schwänge, die sich brüsten, in seinem Namen zu handeln, er wäre der erste, der sie zum Tempel hinausjagte, den sie durch ihre Handlungen schänden.

Dem Klein- und Vorkleinbauern hat man vor, daß man die Getreide-, Vieh-, Geflügelzucht ihm nur einführe, um ihm die ärmliche Existenz zu erleichtern. Derselben Klein- und Vorkleinbauern aber müssen, soweit sie nicht genügend Brotgetreide für den eigenen Bedarf bauen, die hohen Getreidepreise selbst mit tragen. Soweit sie ferner für ihre Vieh- und Geflügelzucht nicht genügend Futtermittel besitzen, müssen sie die hohen Preise auf diese mit entrichten, so den fast doppelt so hohen Mais-, Gerste- und Haferzoll, die sehr erheblich erhöhten Preise auf Getreide und andere Futtermittel. Insbesondere erschwert man auch dem Kleinbäuerlichen und städtischen Viehdressier, dem Fuhrmann und Dreickschulftischer, damit aus ärger die tägliche Existenz.

Den Handwerker tust man, indem man ihm sagt, das höhere Einkommen der Landwirte käme auch ihm zu gute. Er, der schon unter der Konfurrenz des Kapitalismus leidet, muß künftig nicht bloß seinen Brot- und Fleischverbrauch und alle übrigen Lebensmittel teurer bezahlen, sondern auch sein Handwerkszeug, sowie seine Roh- und Halbfabrikate, weil sie durch die Zölle verteuert werden, oder weil durch die Zollpolitik die Kartell- und Syndikatswirtschaft noch mehr begünstigt wird, die ihre Fabrikate nach innen zu Wundpreisen, nach außen aber zu Schinderpreisen absetzen. So wird der Ruin des Handwerkerstandes nur beschleunigt.

Die angehenden Mittelstandler in der Sozialdemokratie sind die Totengräber des Mittelstandes!

Den Arbeiter nicht man zu täuschen, indem man ihm sagt, die höhere Lebenshaltung werde er durch bessere Löhne in der sozialistischen Industrie und Landwirtschaft zurück erhalten. Man versichert ihm, daß der Lohn sich nicht nach den Lebensmittelpreisen, sondern nach der Nachfrage nach Arbeitskräften richtet. Daß kein Unternehmer höhere Löhne zahlt, als er zahlen muß, daß aber die meisten Unternehmer, die durch Zölle und Kartellwirtschaft ihren Gewinn erhöhen, ihren Arbeitern das Vereinigungs- und Koalitionsrecht rauben, ohne daß sie den Kampf für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen nicht aufnehmen können. Während gar dem Landarbeiter das Vereinigungs- und Koalitionsrecht zum Kampf für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen strafrechtlich verboten werden ist.

So bleibt auch unter der neuen agrarischen Zollerei der Landarbeiter ein moderner Sklave.

Bei der gewaltigen Ausfuhr Deutschlands an Industrieartikeln, deren Wert im Jahre 1900 rund 3000 Millionen betrug, hängen Millionen Familien von einer geistlich geführten Wirtschaftspolitik ab, die gestattet, mit dem Ausland ähnliche Handelsverträge abzuschließen. Aber es scheint kein Zweifel, daß der durch die Beschlässe der Reichstagsmehrheit für künftige Handelsvertragsverhandlungen als Grundlage geselltes Tarif den Abschluß künftiger Handelsverträge für Deutschland aufs höchste gefährdet. Soweit aber Handelsverträge auf Grund des neuen Tarifs in Stande kommen, werden diese wesentlich ungünstiger sein als die bisher in Kraft gebliebenen.

Am Jahre 1891 beendete der deutsche Kaiser den Abschluß der im Augenblick noch geltenden Handelsverträge als eine „rettende That“ und in Bezug auf den Antrag Rauts erklärte er: man kann ihm nicht zumuten, Fortwunder zu treiben.

Was damals als eine „rettende That“ angesehen wurde, erscheint heute der Reichstagsmehrheit und der Mehrheit der Regierung — darunter in erster Linie der Reichstags — als ein nationales Unglück, dessen Folgen man so rasch als möglich durch den Abschluß neuer Handelsverträge auf Grund des Wundertarifs beseitigen müsse.

Der Folge ist, daß in erster Linie die deutsche Arbeiterklasse nicht nur durch die kommenden erhöhten Lebensmittelpreise in eine unangenehmere Lage berathen wird, sondern daß auch durch ungünstige Handelsverträge Industrie und Verkehr aufs schwerste geschädigt werden, was wieder unheilvoll auf die Löhne und Arbeitsbedingungen der Arbeiter einwirken muß.

Der deutsche Arbeiter — und mit ihm seine Familie — wird also mit doppeltem Nutzen gepeinigt. Ihm wird das tägliche Brot und die ganze Lebenshaltung in einer Weise verteuert, wie sie kein Arbeiter eines anderen Kulturlandes kennt, und außerdem hat er mit den ungünstigsten Arbeitsbedingungen zu kämpfen, die ihm den Lohn kürzen und das schwere Leben noch schwerer machen.

Das ist die Lage, in welche die deutsche Arbeiterklasse dadurch kommt, daß sie in ihrer Mehrheit in bedauerlicher Verbundenheit bei den Wahlen ihren schmerzlichen Gegnern ihre Stimme gab!

Und die Erkenntnis von diesem volks- und arbeiterfeindlichen Treiben drückt sich Bahn, insbesondere in den Kreisen der Arbeiter, die bisher dem Zentrum Gesessense leisten. Und der steigenden Unzufriedenheit in diesen Kreisen entgegen-

zuwirken und eine Deckung für seine gemeinschaftliche Sozialpolitik zu finden, brachte das Zentrum einen Antrag ein, wo nach gewisse Erträge aus den erhöhten Zolleinnahmen im Betrage von 90 Millionen Mark pro Jahr für die Errichtung einer Witwen- und Waisenversicherung aufbewahrt werden soll. Doch schnell nach dem Zentrum davon der seiner eigenen Mühseligkeit und es feste Regierungstroum keine Forderung auf 50 Millionen herunter.

So erklärt sich dieser Antrag als eine Gewissensabfindung des Zentrums für den Sündenfall, den es durch die Zustimmung zu dem Wundertarif beging.

Die Vorteile, die die deutsche Unternehmenseklasse, insbesondere die große und mittlere Landwirtschaft, aus der gesamten Zollpolitik des Deutschen Reichs künftig zieht, belaufen sich auf mindestens 1200 Millionen Mark im Jahre. Von diesem Nutzen sollen künftig höchstens 50 Millionen Mark für eine Witwen- und Waisenversicherung angelegt werden. Das bedeutet, daß von jeder Mark, die eine deutsche Arbeiterfamilie für ihre Lebenshaltung mehr ausgeben muß, ganz vier Pfennige für Witwen- und Waisenunterstützung verwendet werden sollen. Und selbst diese Verwendung ist noch in weite Ferne gerückt. Der deutsche Arbeiter hat also nur den schwachen Trost, daß, wenn er infolge schlechterer Ernährung und gedrückter Lebenshaltung frühzeitig ins Grab geht, seine Witwe und seine Kinder einige Pötelsumme als Witwen- und Waisenversicherung erhalten, wodurch außerdem die Unterstützungspflicht der Gemeinde gegen diese erleichtert wird.

Wenn trotzdem auch wir diesem Antrag schließend zustimmen — nachdem unter eigener Anführung, ca. 300 Millionen Mark pro Jahr für den gleichen Zweck zu verwenden, mit Hilfe des Zentrums von der Mehrheit abgelehnt worden war —, so thäten wir dieses nicht aus, weil wir dem Antrag des Zentrums eine besondere Wirkung für den in Aussicht genommenen Zweck zusprechen, dazu sind die 50 Millionen nicht zu wenig. Für uns war maßgebend, daß jede Million Mark, die wir dem geringen Nutzen des Reichstages für einen humanitären Zweck erreichen, dem Militär- und Marineetat verloren ging, also einem kulturfeindlichen Zweck entzogen wurde.

Heber die demagogische Absicht des Zentrumstragtes und seine hoffnungslose Ausmaßlosigkeit haben wir uns nie getäuscht, und keine Annahme macht das Vertrauen, das das Zentrum durch seine Zustimmung zum Wundertarif an den Armen und Elenden begangen hat, um sein Haar leichter.

In eine Positionierung der Arbeiter und eine wesentliche Erhöhung der Löhne auf die notwendigen Lebensmittel, solange die jetzigen Parteiverhältnisse bestehen und das Zentrum Reich das bleibt, was es ist — ein Militär- und Marineetat — nicht zu erwarten. Die Einnahmen aus den Brot- und Lebensmittelpreisen bilden schon seit langem eine seiner Haupt-einnahmequellen für die Militär- und Marineausgaben, die bis auf den letzten Pfennig hierfür Verwendung finden. Direkte Steuern aus dem Vermögen oder Einkommen für das Reich zu zahlen, weigern sich aber die herrschenden Klassen auf Tod und Leben.

Wie der gemeine Mann für das Reich die Hauptlast der Steuer zu tragen hat, so auch hauptsächlich die Steuer auf Geld. So liegt in der Natur des Monarchentums, daß er die Rechte und Freiheiten vorzugsweise für die Besitzenden in Anspruch nimmt und den Reichsbedürftigen hauptsächlich die Lasten und Pflichten auferlegt!

Mit diesem Grundgedanken kam das Reich zur Welt und diesem Grundgedanken bleibt es treu, solange seine Grundzüge die gleiche in die Herrschaft des Kapitalismus und des Militarismus, d. h. die Ausbeutung und Unterdrückung des Reichs durch den Reichen!

Gegenwärtig betragen die Militär- und Marineausgaben direkt und indirekt pro Jahr erheblich über 1000 Millionen Mark, und jedes Jahr steigen sie aufs neue. Da es es nicht, das Anwachsen dieser Ausgaben nach Möglichkeiten zu erschweren. Dieses ist der ewige und natürliche Grund für unsere Stellung zum Antrag des Zentrums. Wir behaupten nur, daß wir dem Militär- und Marineetat nicht noch weit mehr von den Mitteln entnehmen konnten, wie wir dieses nachsich durch Anträge auf Heberweisung von Zolltarifquoten für Volksschulpreise, für Aufhebung der Zölle, der Zucker- und Branntweinsteuern und der Prämien- und Liebesgaben vergeblich verhandelt haben.

Auch hier war es die reaktionäre Mehrheit, die sich aus den Nationalliberalen, dem Zentrum und den konservativen Parteien zusammensetzte, die die Annahme unserer Anträge vereitelte. Insbesondere haben sich neben dem Zentrum — von den Konservativen zu schweigen — die Nationalliberalen in ihrer ganzen Volks- und Arbeiterfeindlichkeit gezeigt. Was immer an Gewalt und Unrecht und reaktionären Maßnahmen bei Beratung des Zolltarifs gegen die Opposition im Werk gesetzt wurde, die Nationalliberalen stimmten inbehal zu!

So wurde das Zollgesetz mit dem Zolltarif trotz unserer unverweiltigen Gegenwehr, die wir seiner Annahme bis zum letzten Augenblicke entgegensetzten, angenommen.

Aber was angenommen wurde ist nicht der Tarif, den die Mehrheit wollte, auch nicht der Tarif, den die Regierungen wollten. In der Verzweiflung des Kampfes wider uns, die Minorität, und in der Angst, die Leute zu verlieren, machte man aus der Not eine Tugend.

Am 11. Dezember, morgens 12 Uhr, trat ein lang Uhr, der Reichsfinanzler Graf Bülow, trotz auf seine Partei, das Reuegeborene zärtlich an die Brust drückte, überließ er, daß

Beilage der Sächsischen Arbeiter-Zeitung.

Nr. 293.

Dresden, Freitag den 19. Dezember 1902.

13. Jahrgang.

Parteiangelegenheiten.

Kaiser - Arbeiter - Sozialdemokratie. Der Herrmannsdorfer Weg hat sich in der letzten Zeit wieder in der Richtung der Sozialdemokratie bewegt. In dem Kaiserreden gab es ja auch ein Wort über die Arbeiterbewegung, das den Arbeiter zu dem Kaiserreden gab und damit zu dem Kaiserreden. In dem Kaiserreden gab es ja auch ein Wort über die Arbeiterbewegung, das den Arbeiter zu dem Kaiserreden gab und damit zu dem Kaiserreden.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Freien der Berliner Metallarbeiter. Der Vorstand des Berliner Metallarbeiter-Vereins hat sich in der letzten Zeit wieder in der Richtung der Sozialdemokratie bewegt. In dem Kaiserreden gab es ja auch ein Wort über die Arbeiterbewegung, das den Arbeiter zu dem Kaiserreden gab und damit zu dem Kaiserreden.

Die Mitglieder des Sächsischen Verbandes in Karlsruhe. Der Vorstand des Sächsischen Verbandes hat sich in der letzten Zeit wieder in der Richtung der Sozialdemokratie bewegt. In dem Kaiserreden gab es ja auch ein Wort über die Arbeiterbewegung, das den Arbeiter zu dem Kaiserreden gab und damit zu dem Kaiserreden.

Sieg der Gewerkschaften. Unter dieser Überschrift steht die deutsche Gewerkschaften in der letzten Zeit wieder in der Richtung der Sozialdemokratie bewegt. In dem Kaiserreden gab es ja auch ein Wort über die Arbeiterbewegung, das den Arbeiter zu dem Kaiserreden gab und damit zu dem Kaiserreden.

Meine gewerkschaftliche Nachrichten. Der Vorstand des Sächsischen Verbandes hat sich in der letzten Zeit wieder in der Richtung der Sozialdemokratie bewegt. In dem Kaiserreden gab es ja auch ein Wort über die Arbeiterbewegung, das den Arbeiter zu dem Kaiserreden gab und damit zu dem Kaiserreden.

Zeitungswirtschaftlich redigiert werden. Infolge der Beschlüsse der Gewerkschaften hat die Zeitungswirtschaft in der letzten Zeit wieder in der Richtung der Sozialdemokratie bewegt. In dem Kaiserreden gab es ja auch ein Wort über die Arbeiterbewegung, das den Arbeiter zu dem Kaiserreden gab und damit zu dem Kaiserreden.

Die Arbeiter in Amerika. Infolge der Beschlüsse der Gewerkschaften hat die Arbeiterbewegung in Amerika in der letzten Zeit wieder in der Richtung der Sozialdemokratie bewegt. In dem Kaiserreden gab es ja auch ein Wort über die Arbeiterbewegung, das den Arbeiter zu dem Kaiserreden gab und damit zu dem Kaiserreden.

Der Kampf der Zoll-Soldaten. Infolge der Beschlüsse der Gewerkschaften hat die Zoll-Soldaten in der letzten Zeit wieder in der Richtung der Sozialdemokratie bewegt. In dem Kaiserreden gab es ja auch ein Wort über die Arbeiterbewegung, das den Arbeiter zu dem Kaiserreden gab und damit zu dem Kaiserreden.

Sächsische Angelegenheiten. Infolge der Beschlüsse der Gewerkschaften hat die sächsische Arbeiterbewegung in der letzten Zeit wieder in der Richtung der Sozialdemokratie bewegt. In dem Kaiserreden gab es ja auch ein Wort über die Arbeiterbewegung, das den Arbeiter zu dem Kaiserreden gab und damit zu dem Kaiserreden.

Kunst, Wissenschaft und Leben.

Königliches Schultheater. Infolge der Beschlüsse der Gewerkschaften hat die Königlich-sächsische Arbeiterbewegung in der letzten Zeit wieder in der Richtung der Sozialdemokratie bewegt. In dem Kaiserreden gab es ja auch ein Wort über die Arbeiterbewegung, das den Arbeiter zu dem Kaiserreden gab und damit zu dem Kaiserreden.

Die Tötung von Cavalli. Infolge der Beschlüsse der Gewerkschaften hat die Tötung von Cavalli in der letzten Zeit wieder in der Richtung der Sozialdemokratie bewegt. In dem Kaiserreden gab es ja auch ein Wort über die Arbeiterbewegung, das den Arbeiter zu dem Kaiserreden gab und damit zu dem Kaiserreden.

Die Tötung von Cavalli. Infolge der Beschlüsse der Gewerkschaften hat die Tötung von Cavalli in der letzten Zeit wieder in der Richtung der Sozialdemokratie bewegt. In dem Kaiserreden gab es ja auch ein Wort über die Arbeiterbewegung, das den Arbeiter zu dem Kaiserreden gab und damit zu dem Kaiserreden.

Die Tötung von Cavalli. Infolge der Beschlüsse der Gewerkschaften hat die Tötung von Cavalli in der letzten Zeit wieder in der Richtung der Sozialdemokratie bewegt. In dem Kaiserreden gab es ja auch ein Wort über die Arbeiterbewegung, das den Arbeiter zu dem Kaiserreden gab und damit zu dem Kaiserreden.

Die Tötung von Cavalli. Infolge der Beschlüsse der Gewerkschaften hat die Tötung von Cavalli in der letzten Zeit wieder in der Richtung der Sozialdemokratie bewegt. In dem Kaiserreden gab es ja auch ein Wort über die Arbeiterbewegung, das den Arbeiter zu dem Kaiserreden gab und damit zu dem Kaiserreden.

Die Tötung von Cavalli. Infolge der Beschlüsse der Gewerkschaften hat die Tötung von Cavalli in der letzten Zeit wieder in der Richtung der Sozialdemokratie bewegt. In dem Kaiserreden gab es ja auch ein Wort über die Arbeiterbewegung, das den Arbeiter zu dem Kaiserreden gab und damit zu dem Kaiserreden.

